

Niederschrift Kreisausschuss
(Sitzung KA/025/2014-2020)

am 19.03.2020	von 15:00 Uhr bis 16:10 Uhr
im Ratssaal der Stadt Gummersbach, Rathausplatz 1, 51643 Gummersbach	

Teilnehmer:

Vorsitz Jochen Hagt

Mitglieder	Bemerkungen
Hagt, Jochen Verwaltung	
Ahus, Margit CDU	
Giebeler, Paul-Werner FDP/FWO/DU	
Konzelmann, Thorsten SPD	
Koppelberg, Harald UWG Oberberg	
Mahler, Ursula SPD	
Marquardt, Jürgen CDU	
Müller, Reinhold FDP/FWO/DU	
Rummler, Bernd AfD	
Schmeis-Noack, Heidrun SPD	
Schmitz, Willi CDU	
Stefer, Michael CDU	
Wurth, Ralf SPD	
Kleine, Jürgen CDU	Vertretung für Herrn Axel Osterberg
Langusch, Harald CDU	Vertretung für Herrn Thomas Jüngst
Mohr-Simeonidis, Ingeborg DIE LINKE	Vertretung für Herrn Jürgen Simeth

Entschuldigte Mitglieder		
Jüngst, Thomas	CDU	
Osterberg, Axel	CDU	
Schäfer, Helmut	GRÜNE	
Simeth, Jürgen	DIE LINKE	

Teilnehmer Verwaltung	
Jochen Hagt	Landrat
Klaus Grootens	Kreisdirektor
Felix Ammann	Dezernent IV
Reinhard Schneider	Leiter Leitungsstab
Stefanie Nähring	Leiterin Büro des Landrats
Sandra Neumann	Leiterin Kreistagsbüro

Gäste:

./.

Die Niederschrift führt Sandra Neumann.

Der Vorsitzende, Landrat Hagt, eröffnet die Sitzung des Kreisausschusses und begrüßt die Mitglieder des Kreisausschusses, die Vertreter der Presse sowie die Zuhörer.

Er stellt fest,

1. dass unter dem 16.03.2020 unter Verkürzung der Ladungsfrist gemäß §§ 52 Abs. 3, 32 Abs. 2 Satz 1 KrO NRW i.V.m. §§ 30 Abs. 1, 2 Abs. 1 Satz 3 Geschäftsordnung für den Kreistag ordnungsgemäß eingeladen worden ist und
2. dass die Beschlussfähigkeit vorliegt.

Außerdem weist Landrat Hagt darauf hin, dass die Niederschrift über die in dieser Sitzung gefassten Beschlüsse von Herrn Paul-Werner Giebeler mit unterzeichnet wird.

Der Vorsitzende teilt mit, dass die Verwaltung die Vorlage zu TOP 9 – Zentralisierung von Verwaltungseinheiten; hier: Wettbewerbsergebnis und weiteres Vorgehen – für diese Sitzung zurückziehe. Landrat Hagt begründet diese Entscheidung mit der derzeitigen weltweiten Ausnahmesituation aufgrund der Corona-Pandemie. Da die Auswirkungen der Pandemie auch im Oberbergischen Kreis derzeit nicht absehbar sei, habe sich die Verwaltung zu diesem Schritt entschlossen. Der Vorsitzende macht aber auch

gleichzeitig deutlich, dass die Verwaltung an der Notwendigkeit einer Zentralisierung von Verwaltungseinheiten am Standort Moltkestraße weiterhin festhalte und zu gegebener Zeit das Thema wieder aufgreifen werde.

Die Herren KAM Müller, Stefer und Wurth begrüßen für Ihre Fraktionen die Entscheidung der Verwaltung, den TOP heute nicht zu beraten und zu entscheiden. Mit Hinweis auf die derzeitige verstärkte Durchführung von „Heimarbeit“ im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie bittet Herr Wurth nochmals darum, bei den weiteren Planungen zur Zentralisierung von Verwaltungseinheiten die Auswirkungen von Home-Office-Plätzen in der Kreisverwaltung zu berücksichtigen.

Des Weiteren teilt Landrat Hagt mit, dass die Vertreter der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN an der Sitzung des Kreisausschusses nicht teilnehmen können. KAM Grafflage bittet in einer E-Mail darum den Tagesordnungspunkt 8 „Errichtung einer Parkpalette“ von der Tagesordnung abzusetzen. KAM Müller teilt mit, dass die Kreistagsfraktion FDP/FWO/DU den Antrag zur Absetzung des Tagesordnungspunktes zwar inhaltlich nicht vertrete, diesen aufgrund der aktuellen Situation und der Abwesenheit der Kreistagsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN formal übernehme.

KAM Wurth teilt mit, dass die SPD-Kreistagsfraktion den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vom 18.03.2020 übernehme.

Im Folgenden lässt der Vorsitzende zunächst über den Antrag zur Absetzung des Tagesordnungspunktes 8 „Errichtung einer Parkpalette“ abstimmen.

Der Kreisausschuss fasst, **bei Gegenstimmen der KAM Konzelmann, Schmeis-Noack sowie Koppelberg und der Kreistagsfraktion DIE LINKE** folgenden **Beschluss Nr. 1**:

Der Antrag zur Absetzung des Tagesordnungspunktes 8 „Errichtung einer Parkpalette“ von der Tagesordnung des Kreisausschusses am 19.03.2020 wird **abgelehnt**.

Im Anschluss beschließt der Kreisausschuss auf Vorschlag des Vorsitzenden (**Beschluss Nr. 2**):

Die Tagesordnung wird um **TOP 10.2** „Durchführung des Kreiswettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“, **TOP 10.3** „Anhebung von Wertgrenzen für die Vergabe von Aufträgen über Beschaffungen und Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Ausbreitung der Corona-Infektion“, **TOP 10.4** „Erstattung Elternbeiträge aufgrund des Betreuungsverbots von Tageseinrichtungen für Kinder (KiTas) und der Kindertagespflege“, **TOP 13.1** „Informationen zur Corona-Pandemie“ sowie um **TOP 14.1** „Mitteilung über den Erhalt von Vergütungen für Nebentätigkeiten“ **erweitert**.

Anschließend wird die Tagesordnung in der Fassung des 1. Nachtrages vom 17.03.2020 und inklusive der vorgenannten Ergänzungen wie folgt festgestellt:

Tagesordnung

Ifd. Nr.	Tagesordnungspunkt	Vorlagennummer
A Öffentlicher Teil		
1	Einwohnerfragen	
2	6. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung des Oberbergischen Kreises vom 14.03.2013; hier: Tarifstellen 1.2 "Ablichtungen und digitale Vervielfältigungen von Großformaten (größer als DIN A 3), Ablichtungen von kartografischen Produkten in allen Formaten", 1.6 "Gebühren Geodatenmanagement", 2.3 "Fortführung des Liegenschaftskatasters"	1897/14-20/LR
3	Ermächtigungsübertragungen gem. § 22 KomHVO	1898/14-20/LR
4	Beitritt zum Förderverein "investMINT Oberberg e.V."	1885/14-20/I
5	Änderung der Satzung der VHS Oberberg	1887/14-20/I
6	Umbesetzung im Naturschutzbeirat	1882/14-20/III
7	Einstweilige Sicherstellung der Lehmgrube Cronrath in Waldbröl als geplantes Naturschutzgebiet gemäß BNatSchG/LNatSchG NRW	1840/14-20/III
8	Errichtung einer Parkpalette an der Reininghauser Straße	1872/14-20/IV
8.1	Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 18.03.2020 "Errichtung einer Parkpalette"	1913/14-20/IV
8.2	Änderungsantrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.03.2020 "Errichtung einer Parkpalette"	1914/14-20/IV
9	Zentralisierung von Verwaltungseinheiten; hier: Wettbewerbsergebnis und weiteres Vorgehen -zurückgezogen-	1889/14-20/IV
10	Ersatzwahlen zu den Ausschüssen und Beiräten des Oberbergischen Kreises / Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten	
10.1	Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss	1911/14-20/LR/LS
10.2	Durchführung des Kreiswettbewerbs "Unser Dorf hat Zukunft" im Jahr 2020	1845/14-20/III

10.3	Anhebung der Wertgrenzen für die Vergabe von Aufträgen über Beschaffungen und Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Ausbreitung der Corona-Infektion	1915/14-20/LR
10.4	Erstattung Elternbeiträge aufgrund des Betretungsverbots von Tageseinrichtungen für Kinder (KiTas) und der Kindertagespflege	1916/14-20/II
11	Anträge	
12	Anfragen	
13	Mitteilungen	
13.1	Informationen zur Corona-Pandemie	
B Nichtöffentlicher Teil		
14	Personalangelegenheiten	
14.1	Mitteilung über den Erhalt von Vergütungen für Nebentätigkeiten	
15	Grundstücksangelegenheiten	
16	Vertragsangelegenheiten	
17	Vergaben	
17.1	Vergabe - Gestellung von Schutz- und Dienstkleidung mit Service für den Rettungsdienst	1896/14-20/I
17.2	Personalverwaltung - Angebot von P&I LOGA zum SAP-KommunalMaster Personal der ITEOS - Vergabe	1901/14-20/LR
17.3	Baufauftragsvergabe zur Erneuerung der K 38 Loxsteeg - Fahn in Lindlar	1906/14-20/IV
18	Anträge	
19	Anfragen	
20	Mitteilungen	

* * * * *

A Öffentlicher Teil

Zu TOP 1:	Einwohnerfragen	
	Es liegen keine Einwohnerfragen vor.	

Zu TOP 2:	6. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung des Oberbergischen Kreises vom 14.03.2013; hier: Tarifstellen 1.2 "Ablichtungen und digitale Vervielfältigungen von Großformaten (größer als DIN A 3), Ablichtungen von kartografischen Produkten in allen Formaten", 1.6 "Gebühren Geodatenmanagement", 2.3 "Fortführung des Liegenschaftskatasters"	1897/14-20/LR
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Der <u>Kreisausschuss</u> fasst gemäß § 50 Absatz 3 Satz 1 Kreisordnung NRW einstimmig folgenden Dringlichkeitsbeschluss</p>	
Beschluss Nr. 3:		
Der Kreistag beschließt die 6. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung des Oberbergischen Kreises vom 14.03.2013 in der als Anlage beigefügten Fassung.		
	Der Beschluss wird dem Kreistag in seiner nächsten Sitzung gemäß § 50 Abs. 3 Satz 3 KrO NRW vorgelegt.	

Zu TOP 3:	Ermächtigungsübertragungen gem. § 22 KomHVO	1898/14-20/LR
	Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).	

	<p>Mit der schriftlichen Vorlage an den Kreistag ist den gesetzlichen Vorschriften des § 22 Kommunalhausverordnung und der Regelung des Oberbergischen Kreises zur Übertragungen von Ermächtigungen für Aufwendungen und Auszahlungen entsprochen worden.</p> <p>Der <u>Kreisausschuss</u> nimmt die Ermächtigungsübertragungen aus dem Haushaltsjahr 2019 in das Haushaltsjahr 2020 zur Kenntnis.</p>
--	---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Zu TOP 4:	Beitritt zum Förderverein "investMINT Oberberg e.V."	1885/14-20/I
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Der <u>Kreisausschuss</u> fasst gemäß § 50 Absatz 3 Satz 1 Kreisordnung NRW einstimmig folgenden Dringlichkeitsbeschluss</p>	
Beschluss Nr. 4:		
<ol style="list-style-type: none"> 1) Der Kreistag stimmt dem Beitritt des Oberbergischen Kreises als Gründungsmitglied zum Förderverein „investMINT Oberberg e.V.“ zu. 2) Die Geschäftsführung des Vereins übernimmt der Oberbergische Kreis. Die Geschäftsführung ist Mitglied des engeren Vorstands ohne Stimmrecht. 3) Die Geschäftsführung des Vereins wird durch Frau Kerstin v. Scheidt (Bildungsbüro zdi-Koordinatorin) wahrgenommen. 		
	<p>Der Beschluss wird dem Kreistag in seiner nächsten Sitzung gemäß § 50 Abs. 3 Satz 3 KrO NRW vorgelegt.</p>	

Zu TOP 5:	Änderung der Satzung der VHS Oberberg	1887/14-20/I
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>KAM Mohr-Simeonidis nimmt Bezug zu den in der Vorlage genannten Honorarkräften der Volkshochschule Oberberg und der aktuellen Situation aufgrund der Ausbreitung der Corona-Pandemie.</p>	

	<p>Kreisdirektor Grootens erläutert, dass es sich hierbei um die Abteilungsleitungen der Volkshochschule Oberberg handele und zurzeit keine abschließende Bewertung der Auswirkungen der Coronapandemie, auch für die Abteilungsleitungen der Volkshochschule Oberberg, möglich sei. Nach einem Wortbeitrag von KAM Stefer fasst der <u>Kreisausschuss</u> gemäß § 50 Absatz 3 Satz 1 Kreisordnung NRW einstimmig folgenden Dringlichkeitsbeschluss</p>
<p>Beschluss Nr. 5:</p> <p>Der Kreistag beschließt die 1. Änderungssatzung zur Satzung der Volkshochschule des Oberbergischen Kreises vom 12.03.2015.</p>	
	<p>Der Beschluss wird dem Kreistag in seiner nächsten Sitzung gemäß § 50 Abs. 3 Satz 3 KrO NRW vorgelegt.</p>

Zu TOP 6:	Umbesetzung im Naturschutzbeirat	1882/14-20/III
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Der <u>Kreisausschuss</u> fasst gemäß § 50 Absatz 3 Satz 1 Kreisordnung NRW einstimmig folgenden Dringlichkeitsbeschluss</p>	
<p>Beschluss Nr. 6:</p> <p>Herr Hans-Helmut Mertens wird als ordentliches Mitglied in den Naturschutzbeirat gewählt. Herr Jan Witowski wird als stellvertretendes Mitglied in den Naturschutzbeirat gewählt.</p>		
	<p>Der Beschluss wird dem Kreistag in seiner nächsten Sitzung gemäß § 50 Abs. 3 Satz 3 KrO NRW vorgelegt.</p>	

Zu TOP 7:	Einstweilige Sicherstellung der Lehmgrube Cronrath in Waldbröl als geplantes Naturschutzgebiet gemäß BNatSchG/LNatSchG NRW	1840/14-20/III
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Der <u>Kreisausschuss</u> fasst gemäß § 50 Absatz 3 Satz 1 Kreisordnung NRW einstimmig folgenden Dringlichkeitsbeschluss</p>	
<p>Beschluss Nr. 7:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Der Beschluss Nr. 12 des Kreistags vom 05.12.2019 zur Verlängerung der Geltungsdauer der einstweiligen Sicherstellung der Lehmgrube Cronrath in Waldbröl als geplantes Naturschutzgebiet gemäß BNatSchG/LNatSchG NRW wird aufgehoben. 2. Der Kreistag beschließt den Erlass der von der Verwaltung vorgelegten ordnungsbehördlichen Verordnung zur einstweiligen Sicherstellung des Geländes der ehemaligen Lehmgrube Cronrath bei Waldbröl-Diezenkausen als geplantes Naturschutzgebiet unter Anrechnung der Gültigkeitsdauer der vorangegangenen Sicherstellungsanordnung für weitere zwei Jahre bis zur maximalen Höchstdauer von vier Jahren. 		
	<p>Der Beschluss wird dem Kreistag in seiner nächsten Sitzung gemäß § 50 Abs. 3 Satz 3 KrO NRW vorgelegt.</p>	

Zu TOP 8:	Errichtung einer Parkpalette an der Reininghauser Straße	1872/14-20/IV
Zu TOP 8.1:	Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 18.03.2020 "Errichtung einer Parkpalette"	1913/14-20/IV
Zu TOP 8.2:	Änderungsantrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 18.03.2020 "Errichtung einer Parkpalette"	1914/14-20/IV
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p>	

derschrift).

KAM Mohr-Simeonidis begründet den Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE, der folgenden Wortlaut hat:

„Anstelle einer neuen Parkpalette, die KUNO als sinnentleerte Absichtserklärung erscheinen lässt, schlagen wir vor, im betroffenen Bereich spezifische Lösungen durch verstärkte Förderung des ÖPNV zu entwickeln. Von dem Geld, das durch den Verzicht auf die Parkpalette gespart wird, kann sicherlich für mindestens ein Jahrzehnt ein wirklich guter Pendelverkehr zwischen Gummersbach-Busbahnhof und dem Wohngebiet Hepel unterhalten werden.“

Es folgen Wortbeiträge der KAM Müller, Stefer und Wurth.

KAM Wurth teilt mit, dass die SPD-Kreistagsfraktion den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN übernehme und begründet den Antrag.

Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Der Kreisausschuss beauftragt die Verwaltung, den Schul- und Verwaltungsstandort an der Moltkestrasse in einem zukünftigen Mobilitätskonzept schwerpunktmäßig zu berücksichtigen. Dabei müssen sowohl neue Lösungen zur Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr als auch eine Einbindung in ein zu erstellendes Konzept zur Nahmobilität erarbeitet werden. Die hierzu erforderlichen Planungen für Haltepunkte und Wegeführung werden bei der Erschließung berücksichtigt.“

KAM Stefer schlägt eine Änderung des Beschlussvorschlages vor (Änderungen unterstrichen):

„Der Kreisausschuss beauftragt die Verwaltung, den Schul- und Verwaltungsstandort an der Moltkestraße als Schwerpunkt in einem zukünftigen Mobilitätskonzept zu prüfen. [...]“

Des Weiteren merkt KAM Stefer an, dass im weiteren Verfahren auch die Nutzer der angrenzenden Sportstätten berücksichtigt werden müssten.

Der Kreisausschuss fasst **mehrheitlich, gegen die Stimme der Kreistagsfraktion DIE LINKE** folgenden

Beschluss Nr. 8:

Der Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE vom 18.03.2020 „Errichtung einer Parkpalette“ wird **abgelehnt**.

Der Kreisausschuss fasst **mehrheitlich, bei Enthaltung der Kreistagsfraktion DIE LINKE** folgenden Dringlichkeitsbeschluss gemäß § 50 Abs. 3 Satz 1 Kreisordnung NRW

Beschluss Nr. 9:

1. Der Kreistag ermächtigt die Verwaltung, mit der Stadt Gummersbach die Verhandlungen über einen optimalen Grundstückszuschnitt der Flächen hinter der Sporthalle an der Reininghauser Straße fortzusetzen, um im Wege des Grundstückstausches oder Grundstückserwerbes die für die Umsetzung der unter Ziffer 2 dargestellten Maßnahme erforderlichen Flächen zu erhalten.
2. Der Kreistag ermächtigt die Verwaltung, zeitgleich dazu die Vergabe zur Errichtung einer Parkpalette für insgesamt 550 Stellplätze hinter der Sporthalle an der Reininghauser Straße vorzubereiten und die Maßnahme im Rahmen einer sog. Totalunternehmervergabe entsprechend auszuschreiben.
3. In Hinblick auf die angedachte Parkraumbewirtschaftung orientiert sich der Kreis an den derzeit für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung geltenden Konditionen (aktuell: 41 Euro pro Stellplatz in der Tiefgarage des Rathauses Gummersbach). Von den Schülerinnen und Schülern des Berufskollegs Kaufmännische Schulen soll ein Kostenbeitrag in Höhe von 12 € Euro pro Monat erhoben werden.
4. Der Kreisausschuss beauftragt die Verwaltung, den Schul- und Verwaltungsstandort an der Moltkestraße als Schwerpunkt in einem zukünftigen Mobilitätskonzept zu prüfen. Dabei müssen sowohl neue Lösungen zur Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr als auch eine Einbindung in ein zu erstellendes Konzept zur Nahmobilität erarbeitet werden. Die hierzu erforderlichen Planungen für Haltepunkte und Wegeführung werden bei der Erschließung berücksichtigt.

Der Beschluss wird dem Kreistag in seiner nächsten Sitzung gemäß § 50 Abs. 3 Satz 3 KrO NRW vorgelegt.

Zu TOP 9:	Zentralisierung von Verwaltungseinheiten; hier: Wettbewerbsergebnis und weiteres Vorgehen	1889/14-20/IV
	Der Tagesordnungspunkt wurde zurückgezogen.	

Zu TOP 10:	Ersatzwahlen zu den Ausschüssen und Beiräten des Oberbergischen Kreises / Wahrnehmung von Mitgliedschaftsrechten	
Zu TOP 10.1:	Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss	1911/14-20/LR/LS
	Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift). Der <u>Kreisausschuss</u> fasst gemäß § 50 Absatz 3 Satz 1 Kreisordnung NRW einstimmig folgenden Dringlichkeitsbeschluss	
Beschluss Nr. 10:		
Anstelle von Frau Pia Drevermann (sk.B. SPD) wird Frau Kim Schröter (sk.B. SPD) als stellvertretendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss gewählt.		
	Der Beschluss wird dem Kreistag in seiner nächsten Sitzung gemäß § 50 Abs. 3 Satz 3 KrO NRW vorgelegt.	

Zu TOP 10.2:	Durchführung des Kreiswettbewerbs "Unser Dorf hat Zukunft" im Jahr 2020	1845/14-20/III
	Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift). Landrat Hagt schlägt die folgende Erweiterung des Beschlussvorschlages vor: <i>„Der Kreisausschuss beauftragt die Verwaltung die Ausschrei-</i>	

	<p><i>bung, den Besichtigungszeitraum und die Abschlussveranstaltung ggf. abweichend vom dargestellten Sachverhalt unter Beachtung der Coronaviruslage zu organisieren."</i></p> <p>Der <u>Kreisausschuss</u> fasst gemäß § 50 Absatz 3 Satz 1 Kreisordnung NRW einstimmig folgenden Dringlichkeitsbeschluss</p>
<p>Beschluss Nr. 11:</p> <p>Der Kreistag stimmt der Ausschreibung des Kreiswettbewerbs „Unser Dorf hat Zukunft“ 2020 durch den Landrat vorbehaltlich der Ausschreibung des Landeswettbewerbs 2020/2021 durch das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen zu.</p> <p>Der Kreistag beschließt insbesondere:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Bildung und Zusammensetzung einer Kreisbewertungskommission, 2. das Verfahren zur Ermittlung der Bewertungsergebnisse, 3. die Festsetzung der Preiskategorien und Preisgelder, 4. die Vergabe von Sonderpreisen, 5. die Festsetzung des Besichtigungszeitraumes, der Abschlussveranstaltung und 6. die Erstattung der Auslagen <p>wie von der Verwaltung vorgeschlagen und im Sachverhalt dargestellt.</p> <p>Der Kreisausschuss beauftragt die Verwaltung die Ausschreibung, den Besichtigungszeitraum und die Abschlussveranstaltung ggf. abweichend vom dargestellten Sachverhalt unter Beachtung der Coronaviruslage zu organisieren.</p>	
	<p>Der Beschluss wird dem Kreistag in seiner nächsten Sitzung gemäß § 50 Abs. 3 Satz 3 KrO NRW vorgelegt.</p>

Zu TOP 10.3:	Anhebung der Wertgrenzen für die Vergabe von Aufträgen über Beschaffungen und Dienstleistungen im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Ausbreitung der Corona-Infektion	1915/14-20/LR
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p>	

	<p>Landrat Hagt erläutert die Vorlage und die Notwendigkeit der Anhebung der Wertgrenzen.</p> <p>KAM Müller befürwortet die Entscheidung und regt an, die Fraktionsvorsitzenden nachträglich über Vergaben, die über den sonst üblichen Wertgrenzen liegen, zu informieren.</p> <p>Der Vorsitzende sichert dies zu.</p> <p>Der <u>Kreisausschuss</u> fasst gemäß § 50 Absatz 3 Satz 1 Kreisordnung NRW einstimmig folgenden Dringlichkeitsbeschluss</p>
<p>Beschluss Nr. 12:</p> <p>Die Wertgrenzen für die Vergabe von Aufträgen zur Bekämpfung der Ausbreitung der Infektionen durch den Corona-Virus werden wie folgt geändert:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Vergaben mit einem Wert von bis zu 700.000 Euro gelten als Geschäfte der laufenden Verwaltung. 2. Vergaben mit einem Wert über 700.000 Euro bis 1 Mio. Euro fallen in die Zuständigkeit des Kreisausschusses 3. Vergaben mit einem Wert über 1 Mio. Euro fallen in die Zuständigkeit des Kreistages 4. Im Falle der beabsichtigten Weiterleitung von Material an Dritte gegen Kostenerstattung ist der voraussichtliche Wert der Kostenerstattung im Hinblick auf die Wertgrenzen nach Ziff. 1-3 in Abzug zu bringen. 	
	<p>Der Beschluss wird dem Kreistag in seiner nächsten Sitzung gemäß § 50 Abs. 3 Satz 3 KrO NRW vorgelegt.</p>

<p>Zu TOP 10.4:</p>	<p>Erstattung Elternbeiträge aufgrund des Betretungsverbots von Tageseinrichtungen für Kinder (KiTas) und der Kindertagespflege</p>	<p>1916/14-20/II</p>
	<p>Der Sachverhalt ergibt sich aus der Vorlage (Anlage zur Originalniederschrift).</p> <p>Landrat Hagt erläutert die Vorlage und die Notwendigkeit des Prüf-</p>	

	<p>auftrages. Es folgen Wortbeiträge der KAM Müller, Stefer und Wurth, die den Prüfauftrag begrüßen.</p> <p>KAM Müller spricht sich für ein einheitliches Verfahren der Jugendämter im Oberbergischen Kreis aus.</p> <p>KAM Wurth regt an, zu prüfen, ob ein Erstattungsanspruch gegenüber dem Land NRW geltend gemacht werden könne.</p> <p>Landrat Hagt sichert zu, die Fragestellung zu berücksichtigen.</p> <p>Der <u>Kreisausschuss</u> fasst einstimmig folgenden</p>
--	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------

Beschluss Nr. 13:

Der Kreisausschuss beauftragt die Verwaltung, die Erstattung von Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder (KiTas) und der Kindertagespflege im Zeitraum von zunächst 16.03.2020 bis zum 19.04.2020 in Absprache mit den weiteren Trägern der öffentlichen Jugendhilfe im Oberbergischen Kreis zu prüfen und dem Kreistag einen Vorschlag zu unterbreiten.

Zu TOP 11:	Anträge	
	Es liegen keine Anträge vor.	

Zu TOP 12:	Anfragen	
	Es liegen keine Anfragen vor.	

Zu TOP 13:	Mitteilungen	
Zu TOP 13.1:	Informationen zur Corona-Pandemie	
	<p>Der Vorsitzende informiert über die aktuelle Lage zur Corona-Pandemie, insbesondere zur Anzahl der im Oberbergischen Kreis bestätigten Fälle, die durch den Oberbergischen Kreis erlassenen Allgemeinverfügungen und die organisatorischen Maßnahmen innerhalb</p>	

	<p>der Kreisverwaltung.</p> <p>Anschließend beantwortet Landrat Hagt Fragen des KAM Wurth.</p>
--	------------------------------------------------------------------------------------------------

***** Ende öffentlicher Teil *****

gez.

Jochen Hagt
- Vorsitzender -

gez.

Paul-Werner Giebeler
- Ausschussmitglied -

gez.

Sandra Neumann
- Schriftführerin -